

Fragen an SPÖ-Bundesparteivorsitzende Dr.in Pamela Rendi-Wagner

Thema: Bildung

Corona-Pandemie, Klimakrise und jetzt die Teuerungswelle – vielen Schüler*innen und Studierenden geht es aufgrund dieser Themen mental schlecht und sie brauchen dringend Unterstützung. Wie sollte diese aussehen?

Kaum eine andere Gruppe leidet unter den Folgen der Corona-Krise so sehr wie unsere Kinder und Jugendlichen. Dies bestätigen mittlerweile zahlreiche Studien. Von den rund 1,7 Millionen Menschen unter 20 Jahren in Österreich besuchen 1,1 Millionen eine Schule. Derzeit stehen ihnen allerdings lediglich 181 Schulpsycholog*innen zur Verfügung. Ich habe daher als Parteivorsitzende immer davor gewarnt, einfach Zurück zum normalen Unterricht und der Fortführung des Lehrplanes überzugehen, ohne auf die Bedürfnisse der Jugendlichen einzugehen und für entsprechende Unterstützung zu sorgen. Es braucht dringend den Ausbau multiprofessioneller Teams (Beratungslehrer*innen, Sozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen, etc.) an den Schulen. Ich möchte dafür sorgen, dass in Zukunft jeder Schule mindestens ein*e Schulpsycholog*in mit ausreichend Beratungszeit für jeden Schüler bzw. jede Schülerin zur Verfügung steht. Abseits der Schulen ist die Politik mehr denn je gefordert, rasch umfassende Maßnahmen zu treffen, um integrierte, flächendeckende psychosoziale Versorgung für alle Menschen in Österreich zu garantieren. Die im Sommer 2021 groß angekündigten Sonder-Investition von 13 Millionen Euro zur Bewältigung psychosozialer Probleme von Kindern und Jugendlichen reichen dazu keineswegs aus. Ich möchte einen umfassenden Aktionsplan zur Sicherstellung der psychosozialen Versorgung von Jugendlichen umsetzen (Therapie- und Betreuungsplatz- Garantie für jeden psychisch erkrankten jungen Menschen ohne monatelange Wartezeiten mit Fokus auf die Entlastung kinder- und jugendpsychiatrischer Einrichtungen durch wohnortnahe und ambulante Betreuungsangebote und die Absicherung der psychosozialen Versorgung in ländlichen Gebieten; Investitionspaket für rasche Sicherstellung von ausreichend Therapieplätzen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie; Informationsoffensive für Kinder und Jugendliche zur psychosozialen Gesundheit).

Um der Teuerung entgegenzutreten, möchte ich ein Anti-Teuerungspaket für den Schulbereich umsetzen. Es ist allgemein bekannt, dass Bildung, aber auch Schule und der Besuch von Kindergärten, mit Kosten verbunden sind. Es kann nicht sein, dass auf Grund der Teuerung die Teilhabe am schulischen Unterricht oder in den Kindergärten nicht mehr möglich ist. Bei Schulmaterialien, Schulgebühren und Schulausflügen sehen sich 12-14 Prozent der Eltern nicht im Stande, diese ausreichend zu finanzieren. Eltern brauchen dringend finanzielle Unterstützung etwa über das Streichen der Selbstbehalte bei den digitalen Endgeräten, kostenfreie Ganztagschulen und Kindergärten inklusive kostenfreiem qualitativ hochwertigem warmen Mittagessen, oder Budget für Schulmaterialien, welches Lehrpersonen unbürokratisch verwenden können. Auch ein weiteres Schulstartgeld zu Beginn des zweiten Semesters könnte zur Entlastung beitragen. Für Studierende möchte ich ein besseres Beihilfensystem: Erhöhung und Erweiterung des Bezieher*innenkreises der Studienbeihilfe samt jährlicher automatischer Inflationsanpassung.

Wie kann mehr Chancengleichheit im gesamten Bildungsbereich (von Kindergärten über Schulen, Universitäten und Fachhochschulen) implementiert werden?

Aus Kindersicht ist für mich die Elementarbildung jener Ort, an dem – ungeachtet der sozialen Herkunft – gemeinsam mit Gleichaltrigen beste Begleitung bei der Entwicklung, beste Förderung der Potenziale und optimaler Ausgleich der familiären und gesellschaftlichen ungleichen Startbedingungen geboten werden sollte. Aufgrund unterschiedlicher Preisgestaltung, unterschiedlicher Verfügbarkeit und unterschiedlicher Qualität stehen diese allerdings nicht allen Kindern in Österreich gleichermaßen zur Verfügung. Die Elementare Bildung braucht daher endlich die Aufmerksamkeit und Zuwendung, die sie verdient. Ziel muss es sein, dass Österreich in diesem wichtigen Zukunftsbereich jährlich zumindest eine Milliarde Euro zusätzlich investiert. Diese Milliarde mehr ist gut angelegtes Geld, denn jeder Euro, der in frühkindliche Bildung investiert wird, kommt laut Erhebungen 8-fach zurück. Bessere Bezahlung der PädagogInnen, einheitliche qualitative und quantitative Mindeststandards, kleinere Gruppen, besserer Betreuungsschlüssel, das sind nur einige Punkte, für die ich mich einsetze.

Nach dem Kindergarten legt die Volksschule den Grundstein für das erfolgreiche Erlernen von Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Unbestritten ist, dass notwendiges Wissen, welches in der Volksschulzeit nicht aufgebaut werden kann, in der späteren schulischen Laufbahn nicht mehr aufzuholen ist. Die jüngsten Schüler*innen in den ersten beiden Schulstufen brauchen daher auch die meiste Unterstützung. Sie können nicht auf sich allein gestellt Arbeitsaufträge erfüllen, sie brauchen Hilfe, Anleitung und Zuwendung. Damit unsere Volksschullehrer*innen jedoch allen individuellen Bedürfnissen der Kinder in ihrer Vielschichtigkeit gerecht werden können, brauchen sie in den ersten beiden Schulstufen zwei Pädagog*innen in der Klasse, zumindest aber müssen in einem ersten Schritt die Leitgegenstände Deutsch und Mathematik mit einer zweiten pädagogischen Kraft besetzt sein. Teamteaching muss ermöglicht werden.

Bildung hängt in Österreich leider immer noch zu einem großen Prozentsatz von den Eltern ab. Das liegt vor allem daran, dass unsere Schulen „Hausübungsschulen“ sind: der Lernerfolg baut darauf auf, dass sich Eltern am Nachmittag mit den Kindern hinsetzen und lernen, wenn sie selbst nicht helfen können, dann müssen Eltern tief in die Tasche greifen und für private Nachhilfe bezahlen. Dieses Problem können wir nur ändern indem wir den Mangel an ganztägigen und qualitativhochwertigen Schulen angehen und endlich ein Rechtsanspruch auf einen Kinderbildungs- und betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag verankert wird.

In Österreich trennen sich außerdem die Bildungswege schon bei den Zehnjährigen, das ist viel zu früh. Seit Jahrzehnten versuchen konservative Kräfte diese Selektion über Leistungsgerechtigkeit zu rechtfertigen. Die Wahrheit ist jedoch: mit Leistungsunterschieden kann diese Trennung kaum erklärt werden. Bei gleicher Kompetenz der Schüler*innen im Leseverständnis treten Akademikerkinder um einiges öfter in eine AHS über als Kinder, deren Eltern einen Lehrabschluss haben. Die frühe Trennung verursacht bei Eltern und Kindern also nur unnötigen Stress. Vor allem aber führt dies zu Frust, nimmt manchen Kindern die Lust am Lernen und raubt Chancen. Diesen Stress und Frust möchte ich allen ersparen und treten daher für die gemeinsame Schule der 6- bis 14-Jährigen ein.

Außerdem setze ich mich für die Umsetzung eines Chancenindex ein. Schulen, die vor größeren Herausforderungen stehen, um ihren Schüler*innen ein gutes Lernumfeld zu gewährleisten und damit jedes Kind richtig zu fördern, sollen finanziell stärker unterstützt werden, um damit Nachteile ausgleichen zu können.

Ich spreche mich vehement für den offenen freien Hochschulzugang aus: neben dem Abbau von Zugangshürden (Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren) braucht es dringend bessere finanzielle Unterstützung von Studierende – etwa durch höhere Studienbeihilfe, aber auch die extrem gestiegenen Mietpreise setzen Studierende finanziell unter Druck. Auch für diese Gruppe wäre eine Mietpreisbremse eine finanziell wichtige Entlastungsmaßnahme.

Welches Rüstzeug kann die Schule Kindern und Jugendlichen mitgeben, damit sie selbstständig denkende Bürgerinnen und Bürger werden?

Unsere Lebens- und Arbeitswelten verändern sich - die Art wie wir kommunizieren, Informationen beschaffen und unser Miteinander gestalten befindet sich in einem ständigen Wandel. Prognosen, wohin wir uns als Gesellschaft und Volkswirtschaft entwickeln werden und welchen Herausforderungen wir uns dabei zu stellen haben, waren noch nie so schwer zu treffen wie heute. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns fragen: Wie kann man Kinder und Jugendliche auf Herausforderungen vorbereiten, die wir nicht kennen?

Eines ist klar: Das österreichische Bildungssystem, wie wir es heute kennen, wird darauf nicht ausreichend Antwort liefern. Die Schule als Ort, an dem Schülerinnen und Schüler Faktenwissen entlang von voneinander getrennten Disziplinen vermittelt wird, wird nicht ausreichend die Lösungsansätze für künftige Herausforderungen hervorbringen. Das reine Abrufen von Wissen ist in Zeiten des Internets und von Suchmaschinen völlig obsolet geworden. Das bedeutet nicht nur, dass die jahrzehntelang im Bildungssystem verfolgten Strategien hinterfragt werden müssen. Vielmehr ist völlig neu zu bewerten, welche Art von Wissen wir jungen Menschen für ein erfolgreiches, selbstbestimmtes Leben mit auf den Weg geben wollen.

Ich setze mich daher für neue Unterrichtsfächer wie beispielsweise Ethikunterricht, politische Bildung, zusätzliche Stunden an Berufsorientierung und schulautonome Schwerpunkte ein. Das sind nur einzelne Maßnahmen, die Schülerinnen und Schülern bei der Entfaltung ihrer persönlichen Entwicklung unterstützen. Der Erwerb von überfachlichen Kompetenzen soll mehr Raum und Zeit im schulischen Alltag einnehmen.

Wichtigster Schlüssel für eine solche Reform sind aber selbstverständlich die Pädagoginnen und Pädagogen, die täglich in den Klassenzimmern stehen. Für mich ist nicht das Beschaffen von Wissen, sondern das Erkennen und Einordnen von Wissen Leitprinzip. Dafür braucht es eine fundierte pädagogische Ausbildung und eine Hochschule für alle pädagogisch Tätigen. Pädagogische Arbeit ist Beziehungsarbeit. Die Vielzahl an Aufgaben und Erwartungen, denen sich Pädagog*innen täglich ausgesetzt sehen, hat sich im Lauf der Jahre stark verändert. Administrative Belastungen nehmen stetig zu. Um sie davon zu entlasten und genug Spielraum für die pädagogische Arbeit zu schaffen, braucht es wesentlich mehr Unterstützungspersonal – sowohl in der Administration, als auch in Form von Sozialarbeiter*innen, Sprachpädagog*innen, Schulpsycholog*innen und mobilen Teams.

Es gibt viele verschiedene Religionsgruppen in den Schulen. Was sagst du zum Einführen von „Ethik für alle“ anstatt dem unterteilten Religionsunterricht?

Ja, ich setze mich für die Einführung von „Ethik für alle“ ein. Je rasanter sich eine Gesellschaft im globalen Kontext verändert, desto wichtiger ist es, Orientierung zu finden. Fragen zu Weltanschauungen, Grundwerten, Menschenrechten und unterschiedlichen gesellschaftlichen Normsetzungen erfordern die Fähigkeit zu differenzierten, individuellen

Beurteilungen und eigenverantwortlichem, prinzipiengeleiteten Handeln. Der Ethikunterricht für alle bietet einen Rahmen für eine qualifizierte Auseinandersetzung und ist auch ein Beitrag zur politischen Bildung und Entwicklung einer soliden Werthaltung. Schule ist der geeignete Raum, um die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Fragen in einem geordneten Umfeld zu führen. Das Erleben von sozialer Verantwortung, gesellschaftlichem Zusammenhalt und von zivilgesellschaftlichen Initiativen ist zu stärken. Das Pflichtfach Ethik ab der Primarstufe ist eine notwendige Ergänzung des Lehrplans für alle Schülerinnen und Schüler. Der Religionsunterricht bleibt meiner Vorstellung nach als Wahlfach von der Primarstufe bis hin zur Reifeprüfung in allen Schulformen erhalten. Gleichzeitig sollte die Kontrolle über die Zielgestaltung der Lehrpläne und Umsetzung im Unterricht für alle Glaubensgemeinschaften von der Schulaufsicht verstärkt kontrolliert werden.

Wäre „Politische Bildung“ als eigenständiges Unterrichtsfach wichtig?

Zur Vorbereitung junger Menschen auf ihre gesellschaftliche Verantwortung und ihre Teilnahme am politischen Leben sowie der Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten als Fundamente der österreichischen Gesellschaft bedarf es der umfassenden politischen Bildung an den Schulen. Deshalb sollte Politische Bildung für alle Schüler*innen der Sekundarstufe I und II Teil des Fächerkanons sein.

Um politische Prozesse kennenzulernen, braucht es Formate wie Schüler*innenparlamente, die von den Schulen zu organisieren sind. So kann politische Praxis geübt werden.

Wie kann es gelingen, digitale Kompetenz in allen Bildungseinrichtungen zu vermitteln und die Kinder und Jugendlichen dafür zu begeistern?

Digitale Bildungsmedien, in Verbindung mit dem bewährten Einsatz analoger Unterrichtsmaterialien sind die Zukunft des Unterrichtens. Ein durchschnittliches Klassenzimmer schaut aber in Österreich leider oft immer noch so wie vor 100 Jahren aus: Kreidetafel und dahinter klassische Sitzreihen, Overheadprojektoren und alles ist auf den klassischen Frontalunterricht ausgelegt. Von WLAN und gratis Laptops für jede Schülerin und jeden Schüler keine Spur. Das Bildungsministerium möchte zwar Digitalisierung an den Schulen forcieren, sorgt aber nicht für die entsprechende Ausstattung, die Ausrollung erfolgt nur schleppend.

Portale zur leichteren Beschaffung von digitalen Lernmaterialien sind flächendeckend bereitzustellen. Die richtige Handhabe für die wirkungsvolle Nutzung im Unterricht sollte in verbindlichen Schulungen für Lehrkräfte aufgenommen werden. Auch Schülerinnen und Schüler sollen niederschweligen Zugang zu vertiefenden Materialien erhalten, um erlerntes Wissen einfacher üben zu können. Das Angebot sollte laufend erweitert werden und an den sich ständig verändernden technologischen Fortschritt angepasst. Apps und innovative Tools weiten das Spektrum an Unterrichtsmaterialien aus. Über allem steht der Gedanke von offenen und kostenlosen Bildungsmaterialien. Ich setze mich für gratis Laptops für alle Schüler*innen ohne Kostenbeitrag der Eltern, flächendeckende Breitbandanbindung und WLAN-Ausstattung ein.

Um die digitalen Weiterentwicklungen des Schulsystems entsprechend pädagogisch begleiten zu können, bedarf es zusätzlicher Lehrer*innen-Ressourcen und Weiterbildungsmaßnahmen

Wie können Begabungen der Kinder und Jugendlichen im Bildungssystem gezielt gefördert werden?

Ich bekenne mich zur gemeinsamen Schule in der Primarstufe und Sekundarstufe I, die alle Kinder zwischen sechs und 14 Jahren besuchen. Innerhalb der gemeinsamen Schule braucht es Methoden der Binnendifferenzierung, um entlang der Potentiale der Kinder optimal fördern zu können. Diese Differenzierung ist variabel und durchlässig entlang von Kleingruppen zu organisieren. Ausreichende Ressourcen müssen dafür zur Verfügung gestellt werden. In der Sekundarstufe II bekenne ich mich zum differenzierten und in Österreich breit verankerten schulischen Angebot.

Durch Individualisierung und differenzierte Förderung in allen Schularten und in allen Schulstufen werden Schüler*innen konsequent in ihren Lernprozessen begleitet. Pädagogische Diagnose und individualisierte Förderung unterstützen jedes Kind dabei, seine Interessen, Talente und Begabungen zu entdecken und zu entwickeln. Die Lernprozesse werden von einer kompetenzorientierten Leistungsbewertung begleitet – sie beschreibt aussagekräftig, was Schüler*innen wirklich können.

Ein modernes Unterstützungssystem aus Psycholog*innen, Beratungslehrer*innen und Sozialarbeiter*innen entlasten die Pädagog*innen durch gezielte Prävention und Krisenintervention. So können Probleme aus dem Umfeld frühzeitig erkannt und negative Folgen für den Schulerfolg verhindert werden.

„Schule soll nicht entfremden“ – Was versteht du unter dieser Aussage?

Ich möchte, dass Schüler*innen in die Schule gehen, und das Gefühl haben, dass sie dort fürs Leben und nicht die Schublade lernen, dass sie dort gehört und ernstgenommen werden. Schule darf nicht eine Zone sein, wo einen nichts berührt oder inhaltlich mitreißt. Schule muss und soll alle Kinder, unabhängig ihrer Herkunft erreichen. Individuelle Interessen müssen berücksichtigt werden. Kinder und Jugendliche sollen Lust aufs Lernen haben.

Ich messe eine Bildungsreform daher nur an einem: Nützt es unseren Kindern, sind sie glücklich, neugierig und in all ihren Talenten gefördert und gefordert.

Wie sollen unterschiedliche Sprachfördermodelle an standortspezifische Bedingungen angepasst werden?

die unter türkis-blau eingeführten Deutschförderklassen werden von Expert*innen kritisiert und als methodisch nicht valide beurteilt. Ein punktuelles Testverfahren ist für die tatsächliche Kompetenzerfassung nicht adäquat und die Testung für die Eltern der Kinder völlig intransparent. Stattdessen bräuchte es eine längerfristige Beobachtung durch Pädagog*innen, um den Förderbedarf festzustellen und geeignete Förderinstrumente auszuwählen. Nur so können Kinder in ihrer Entwicklung und im allgemeinen Lernfortschritt unterstützt werden. Die Aneignung der deutschen Sprache ist für den Bildungserfolg maßgeblich, aber der Schlüssel dafür ist nicht die Schaffung von Parallelstrukturen an Schulen mittels Deutschförderklassen und die Ausgrenzung mehrsprachiger Kinder aus der Regelklasse. Wir wollen ein Modell der Sprachförderung nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen mit einem langfristigen, durchgängigen und direkten Ansatz, der soziale Integration berücksichtigt, etablieren und regelmäßig evidenzbasiert weiterentwickeln. Dieses

Modell soll jedenfalls kleinere Gruppen, Kontinuität über bis zu 6 Jahre und die Verbindung von altersgerechtem Sprach- und Fachunterricht enthalten.

Sprachförderung wirkt dann am besten, wenn sie früh beginnt und von qualifizierten Pädagog*innen individuell auf den kindlichen Lernprozess abgestimmt ist. Sprachwissenschaftler*innen, Bildungswissenschaft und zahlreiche Beispiele zeigen, dass die integrative Sprachförderung – autonom gestaltet - die besseren und rascheren Ergebnisse liefert. Kinder mit Migrationshintergrund, die erst im schulischen Umfeld die deutsche Sprache erlernen, sollen nicht separiert unterrichtet werden. Die Maxime ist Integration in allen Bereichen und nicht Separation.

Sind neue Bildungsbauten beziehungsweise Umbauten für ganztägige Bildungseinrichtungen in Österreich nötig?

Ganz klar: ja. Um den Anspruch eines kindergerechten Schulkonzepts mit der Ganztagschule erfüllen zu können, ist gleichzeitig die Verknüpfung von Pflichtunterricht, Betreuung, Freizeit- und individuellen Förderangeboten aktiv zu betreiben. Ermöglicht wird dies dadurch, dass die autonome Stundentafel des Lehrplans auch für die Freizeit- und Förderangebote geöffnet wird und es zu einem verschränkten Personaleinsatz der Expert*innen für Unterricht, Erziehung und Freizeit kommt. Dafür braucht es aber natürlich auch die entsprechenden Räumlichkeiten und die Infrastruktur. Ich setze mich beispielsweise für ein warmes Mittagessen für alle Kinder in Österreich ein, was ich gerade im Kampf gegen Kinderarmut für eine sehr wichtige Maßnahme halte. Leider sind sehr viele Schulen derzeit räumlich noch nicht dafür ausgerichtet. Das braucht entsprechende Investitionen, die die Gemeinden finanziell aber sicher nicht alleine stemmen können.

Ist eine neue Lehrer*innen Ausbildung in Österreich nötig? Falls ja, wie hat sie auszusehen?

Covid-19, der altersbedingte Austausch ganzer Generationen von Pädagog*innen und ein steigender Mangel an voll ausgebildeten Lehrer*innen haben eine Vielzahl an pädagogischen, schulorganisatorischen und dienstrechtlichen Problemen offensichtlich gemacht. Das Lehren von Fachinhalten steht an den Universitäten zumeist im Vordergrund. Die pädagogische Ausbildung gerät dabei ins Hintertreffen. Die praktisch-pädagogischen Studien zur Beziehungsarbeit werden immer mehr an den Rand der Curricula gedrängt und erfahren vor allem in der Ausbildung für den Sekundarbereich kaum Unterstützung. Möglich wäre das durch eine stärkere Gewichtung von Inhalten wie Classroom-Management, Unterrichtsentwicklung, Methodentraining, Elternarbeit, Kommunikationsstrategien im pädagogischen Krisenmanagement etc. Das Aufholen von schulpraktischen Kompetenzlücken im Schulalltag wird damit zur Herausforderung. Diese kann auch mit der Induktionsphase nicht behoben werden. Viele Junglehrer*innen fühlen sich daher am Beginn ihrer Dienstzeit überfordert und wählen daher reduzierte Unterrichtsverpflichtungen. Die PädagogInnenbildung Neu hat große Veränderungen in die Ausbildung der Lehrkräfte gebracht. Jetzt steht ihre qualitätsvolle Weiterentwicklung im Fokus. Das betrifft vor allem den Praxisanteil. Dieser muss während des Studiums erhöht werden.

Außerdem möchte ich gemeinsam mit euch als Bildungsexpert*innen über eine mögliche Ausbildung von LehrerInnen mit fachlichen Schwerpunktsetzungen (zB Musik, Sport, Inklusion/Sonderpädagogik)

für die Primarstufe sowie die Entwicklung von fachlichen Domänen und Fachbereichen für die Sekundarstufe diskutieren. Das internationale Beispiel der Weiterentwicklung der naturwissenschaftlichen Fächer hin zu „Science“ als Unterrichtsfach könnte für alle Ausbildungs- und Unterrichtsfächer beispielgebend für andere Disziplinen sein.

Welche neuorientierten, didaktischen Lehransätze sind für unsere Lehrer*innen in Zukunft wichtig?

Das österreichische Schulsystem ist geprägt von einer Wissensvermittlung in starr voneinander abgegrenzten Fächern. Vielmehr als reines Wissen wird in Zukunft aber die Fähigkeit gefragt sein, vernetzt zu denken, kritisch zu hinterfragen und Lösungen abseits vorgegebener Pfade zu finden. Um solche Kompetenzen vermitteln zu können, möchte ich gemeinsam mit euch diskutieren, wie moderner Unterricht, der sich stärker an lebensnahen Themenfeldern orientiert, gestaltet sein sollte. Im Rahmen schulautonomer Entscheidungen sollten Problemstellungen (Bsp. Klimawandel, Nachhaltigkeit, etc.) selbst definiert werden. Das erfordert eine enge Abstimmung zwischen den Lehrkräften, eine neue Herangehensweise an die Vermittlung von Inhalten, Unterrichten bzw. Begleitung im Teamteaching und strukturiertes Projektmanagement. Fächer wie „Verantwortung“ oder „Herausforderung“ zeigen neue Möglichkeiten auf, Eigenverantwortung und Selbstwirksamkeit zu unterstützen. Grundvoraussetzung dafür ist die Flexibilisierung der Lerntafel.

Können Lehrer*innen die Entwicklung von einem „Sozialen Miteinander“ in der Schule fördern und wenn ja, wie?

Fächer wie „Verantwortung“ oder „Herausforderung“ zeigen neue Möglichkeiten auf, Eigenverantwortung und Selbstwirksamkeit zu unterstützen. Grundvoraussetzung dafür ist die Flexibilisierung der Lerntafel. Neue Formen des Unterrichtens machen Pädagog*innen zu Mentor*innen und Coaches. Es geht vor allem um eine gelingende Beziehungsarbeit zwischen Schüler*innen und Lehrkräften, die das Um und Auf für eine erfolgreiche Bildungskarriere darstellt. Dafür braucht es die besten Pädagoginnen und Pädagogen, die entlang neuer pädagogischer Standards alle Schülerinnen und Schüler in ihrer gesamten Vielfalt gezielt begleiten, fördern und fordern, jede und jeden Einzelnen individuell. Sie sind der Schlüssel für ein modernes, leistungsfähiges Schulsystem. Struktur- oder Organisationsreformen können nur unterstützen.

Sollen den Pädagoginnen und Pädagogen schulautonome und individuelle Rechte zugestanden werden?

Die Vermittlung von Kompetenzen verlangt nach neuen Lehr- und Lernformen, sowie projektorientiertem und interdisziplinärem Unterricht, welcher schulautonom den Bedürfnissen der Schüler*innen und Pädagog*innen entsprechend gestaltet wird. Jede Schule, jedes Kind ist anders. Deshalb sollten die Pädagog*innen in der Schulgemeinschaft selbst darüber entscheiden, was sie brauchen, um Schule erfolgreich zu gestalten.

Lehrer*innen mit ihrer pädagogischen Ausbildung brauchen Vertrauen in ihre Kompetenz. Autonomie dient heute nicht vorrangig der standortbezogenen pädagogischen Problemlösung, sondern im Schulalltag oftmals lediglich der Mangelbewirtschaftung. Echte Entscheidungsgewalt fehlt zumeist, stattdessen werden Schulen unter dem Deckmantel der Autonomie mit bürokratischen

Prozessen belastet. Hier müssen wir wieder stärker das individuelle Begleiten von jungen Menschen in den Mittelpunkt stellen und als Ziel von Autonomie definieren. Schulautonome Handlungsspielräume in der Leistungsbeurteilung, Sprachförderung und Organisation des Schultages sowie bei den Differenzierungsmaßnahmen und Mitteilungspflichten sind schulrechtlich zu ermöglichen, damit Schulen den individuellen Bedürfnissen ihrer Schulpartner und bei gesellschaftlichen Krisensituationen entsprechen können.

Welche wesentliche Aufgabe sollen Schulen übernehmen: Erziehung oder Bildung?

Das ist für mich keine Frage des Entweder Oder, sondern geht Hand in Hand. Mein Verständnis von Bildung orientiert sich an den Werten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ich verstehe Bildung als einen laufenden Prozess der Entfaltung. Die Entfaltung des in jedem Menschen schlummernden Potenzials. Dabei stehen die Ermächtigung jeder und jedes Einzelnen zur selbstbestimmten Gestaltung des eigenen Lebens im Mittelpunkt.

Ist Migration, Integration als auch Inklusion für dich wichtig und wie soll diese Entwicklung zukünftig umgesetzt werden?

Die Schule erreicht wie keine andere öffentliche Institutionen Menschen aller gesellschaftlicher Schichten. Wer will, dass Integration in unserem Land gelingt, muss im Bildungssystem, bei den Jüngsten beginnen. Dazu muss Integration klar als Aufgabe und Ziel der Schule definiert werden. Gelingende Integration beginnt in den Bildungseinrichtungen. Das fördert gegenseitige Anerkennung und Respekt.

Was hältst du von „Offenen Lerngelegenheiten“, also weg vom Frontalunterricht und wie könnte man dies in der Praxis umsetzen?

Die Schule als Ort, an dem Schülerinnen und Schüler Faktenwissen entlang von voneinander getrennten Disziplinen vermittelt wird, kann nicht die Lösungsansätze für künftige Herausforderungen hervorbringen. Das reine Abrufen von Wissen ist in Zeiten des Internets und von Suchmaschinen kann nicht mehr der richtige Weg sein. Das bedeutet nicht nur, dass die jahrzehntelang im Bildungssystem verfolgten Strategien hinterfragt werden müssen. Vielmehr ist völlig neu zu bewerten, welche Art von Wissen wir jungen Menschen für ein erfolgreiches, selbstbestimmtes Leben mit auf den Weg geben wollen. Wissensvermittlung muss spätestens seit dem 21. Jahrhundert um die Fähigkeit des Aneignens von Kompetenzen ergänzt werden, wie beispielsweise Selbstorganisation, Selbstwirksamkeit, Teamfähigkeit, soziale Kompetenz, kritisches Hinterfragen und unternehmerisches Denken.

Neue Formen des Unterrichtens machen PädagogInnen zu MentorInnen und Coaches. Es geht vor allem um eine gelingende Beziehungsarbeit zwischen SchülerInnen und Lehrkräften, die das Um und Auf für eine erfolgreiche Bildungskarriere darstellt. Dafür braucht es die besten Pädagoginnen und Pädagogen, die entlang neuer pädagogischer Standards alle Schülerinnen und Schüler in ihrer gesamten Vielfalt gezielt begleiten, fördern und fordern, jede und jeden Einzelnen individuell. Sie sind der Schlüssel für ein modernes, leistungsfähiges Schulsystem. Struktur- oder Organisationsreformen können nur unterstützen.

Wie stehst du zu einer zusätzlichen, indexbasierten Ressourcenzuteilung?

Für mich ist das eine der dringendsten Reformmaßnahmen, um endlich die Bildungsungleichheit in Österreich zu bekämpfen. Die Finanzierung einzelner Schulstandorte hat sich bislang im Wesentlichen an der Anzahl der Schülerinnen und Schüler orientiert. Das sagt jedoch wenig über die tatsächlichen Bedürfnisse und den sich daraus ergebenden Bedarf aus. Schulen mit größeren Herausforderungen bräuchten längst mehr Mittel und Personal. Entsprechende Modelle – etwa der sogenannten „Chancenindex“, der durch die Arbeiterkammer ausgearbeitet wurde – liegen hierfür ebenfalls seit Jahren vor. Dieser sieht vor, dass die Finanzierung von Schulen beziehungsweise bestimmter Aufgaben an Schulen anhand von Faktoren wie Bildungsstand, Beruf und Einkommen der Eltern beziehungsweise Migrationshintergrund und andere Erst- oder Umgangssprache als Deutsch erfolgt. Bei einer Bildungsfinanzierung nach Chancenindex bekommen Schulen also umso mehr Mittel, je mehr SchülerInnen sie haben, denen die Eltern selbst nicht beim Lernen helfen können. Insgesamt braucht es daher dringend mehr Lehrer*innen.

Wie siehst du die Notwendigkeit von Schulpsychologinnen und Schulpsychologen vor Ort an den Schulen?

Von den rund 1,7 Millionen Menschen unter 20 Jahren in Österreich besuchen 1,1 Millionen eine Schule. Derzeit stehen ihnen allerdings lediglich 181 Schulpsycholog*innen zur Verfügung. Das ist viel zu wenig. Ich möchte dafür sorgen, dass in Zukunft jeder Schule mindestens ein*e Schulpsycholog*in mit ausreichend Beratungszeit für jeden Schüler bzw. jede Schülerin zur Verfügung steht.

Wodurch kann in unseren Schulen eine gezielte Förderung der Persönlichkeitsbildung und der Aufbau von Bildungsinhalten verwirklicht werden?

Kinder wollen lernen. Alles, was Bildungsinstitutionen schaffen müssen, ist ein Raum zu sein, der ihre Kreativität, Neugier und ihren Erfindergeist fördert, der ihnen die Freiheit gibt sich auszuprobieren, spielerisch mit- und voneinander zu lernen, Fehler zu machen und daraus zu lernen. Leistung wird in einer solchen zum automatischen „Nebenprodukt“ der persönlichen Entwicklung des Kindes.

Sollte die Lehre mehr ins Zentrum unseres Bildungssystems gerückt werden? Was hältst du von „Kompetenzorientierter Berufsbildung“?

Unbedingt. Die duale Ausbildung ist zwar gut, aber wer Spitze bleiben will, sollte sich nicht zu lange auf den Erfolgen der Vergangenheit ausruhen. Die Image-Verbesserung und das Vorhaben der Attraktivierung der Lehre darf allerdings nicht nur eine leere Worthülse sein, wie wir sie nun von der Bundesregierung seit Jahren hören. Die Lehre kämpft – so ehrlich muss man sein – gegen einen wirkmächtigen Bildungsbegriff an, der sich lange nur an der Akademisierung der Gesellschaft orientiert hat. Ein Uniabschluss gilt in der öffentlichen Wahrnehmung am Gehaltszettel, den Karrieremöglichkeiten, und bei dem was sich Eltern für ihr Kind wünschen im Vergleich zum Lehrabschluss oft als überlegen. Dieses Ungleichgewicht möchte ich mit konkreten Maßnahmen beheben.

Der Lehrabschluss als Bildungsabschluss ist im Vergleich zur Matura gefühlt – zumindest was den Zugang zu weiterführenden Ausbildungen betrifft – eher eine Sackgasse als ein Türöffner. Weitere Ausbildungen – etwa der Meisterabschluss und viele andere Ausbildungsprogramme im Zuge der

Erwachsenenbildung – sind kostenpflichtig. Für den Zugang zur Universität benötigt man eine Matura bzw. Studienberechtigungsprüfung. Um für mehr Durchlässigkeit zu sorgen, wurde die sogenannte Lehre mit Matura ins Leben gerufen. Das ist allerdings nach wie vor ein Minderheitenprogramm. Im November 2017 nahmen nur etwa 6% am Projekt „Lehre mit Matura“ teil. Um die Attraktivität dieses Modells zu steigern, wollen wir einen Rechtsanspruch auf Bildungsfreistellung während der Vorbereitungszeit für die Matura.

Gleichzeitig wollen wir aber auch für Lehrlinge den Weg zu einem Hochschulabschluss erleichtern. In Studienfächern, die bereits zugangsbeschränkt sind, soll in Zukunft das Bestehen der Aufnahmeprüfung für den Zugang zum Studium reichen. Auch auf den Fachhochschulen reicht der Lehrabschluss, um sich für einen Studienplatz zu bewerben. Damit ersetzt die Aufnahmeprüfung die Überprüfung der Fähigkeiten und notwendigen Vorkenntnisse für den Zugang zu einem Studium. Für alle nicht zugangsbeschränkten Fächer bleibt weiterhin der Maturaabschluss oder alternativ die Berufsreifeprüfung Zugangsvoraussetzung.

Derzeit gibt es rund 200 verschiedene Lehrberufe mit teilweise zu engem Berufsprofil und sehr spezifischen Ausbildungsinhalten. Vor dem Hintergrund sich rasch ändernder Berufsbilder und bereits absehbarer zukünftiger Entwicklungen am Arbeitsmarkt braucht es eine bessere Bündelung der Lehrberufe. Zu enge Ausbildungen schränken die berufliche Mobilität der jungen Menschen am Arbeitsmarkt ein. Es braucht zukunftsorientierte, qualitativ hochwertige Berufsbilder, die junge Menschen auch bei sich ändernden Berufsbildern nachhaltige Arbeitsmarktchancen eröffnen (breite Grundbildung und Erstausbildung, dann Spezialisierung und durchlässige und offene Ausbildungswege).

Sind für dich „Tiergestützte Präventionen und Interventionen“ in Schulen denkbar und wichtig?

Natürlich. Es gibt zahlreiche wissenschaftliche Studien, die den positiven Einfluss von Tieren auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen hervorheben: etwa zur Stärkung des Klassenverbandes und der sozialen Kompetenz von Schüler*innen, als wichtiges Mittel in der inklusiven Bildung oder zur Förderung des Tierschutzgedankens.

Welche zusätzlichen Instrumente sind für die Vereinbarkeit von Studium und Leben notwendig?

Mehr als zwei Drittel der Studierenden müssen neben dem Studium arbeiten, um sich das Leben finanzieren zu können. Zahlreiche Hochschulen (leider allen voran Universitäten) ignorieren diese Lebensrealität von Studierenden aber nach wie vor. Es braucht daher endlich den Ausbau berufsbegleitender Studien.

Einige Folgen von unterfinanzierten Universitäten sind zu wenig Personal und Qualitätsverlust in der Lehre. Wie könnte man die finanzielle Eiszeit der Universitäten beenden?

Die österreichische Universitätenkonferenz hat bereits vor Vorlage des Entwurfes eines Bundesfinanzgesetzes darauf hingewiesen, dass durch die Teuerungen im Bereich der Energie (Strompreisentwicklung, Fernwärmepreisentwicklung, Gaspreisentwicklung) sowie durch die zu

erwartenden Gehaltskostensteigerungen (Inflation) und die gestiegenen Miet- und Objektkosten ein gewaltiger Mehrbedarf von rund 1,2 Mrd. Euro im Budget für die Universitäten notwendigerweise erforderlich ist. Dieser Mehrbedarf wird aber nur teilweise abgedeckt. Ebenso stellt sich der Bereich der Fachhochschulen dar: diesbezüglich nimmt der Bundesvoranschlag 2023 lediglich höhere Auszahlungen für den Ausbau der Fachhochschulen um 7,3 Mio. Euro vor. Damit werden keine neuen Studienplätze geschaffen und die Erstattungsbeträge für Studienplätze an österreichischen Fachhochschulen nicht real erhöht. Auch die Pädagogischen Hochschulen stehen finanziell vor großen Herausforderungen: die Bundesregierung möchte bis 2030 die PH-Absolvent*innen so gut wie verdoppeln und gleichzeitig die Betreuungsrelation verbessern. Der derzeit drastische Personalmangel an Schulen, der sich laut Nationalem Bildungsbericht aufgrund der Pensionierungen verschärfen wird bedingt zusätzliche Investitionen in die Ausbildung von neuen Pädagog*innen. Mit der verstärkten Digitalisierung der Schulen ist zudem eine Ausweitung des Weiterbildungsangebots in diesem Bereich notwendig. Angesichts dieser Herausforderungen ist die Erhöhung des Budgets in diesem Bereich zu gering. Hinzu kommt, dass die Universitäten, die mit den Pädagogischen Hochschulen über Lehrverbände die Lehrer*innenbildung umsetzen, angeben, aufgrund der nicht abgedeckten Mehrkosten einen Rückbau in ihren Leistungen vornehmen zu müssen.

Die Antwort auf all diese Probleme liegen daher meiner Meinung nach auf der Hand: im Hochschulbereich braucht es dringend eine Ausweitung der Budgetmittel.

Laut Studierenden-Sozialerhebung 2019 leben zwei Drittel der Studierenden unter der Armutsgrenze: Welche Maßnahmen müssen gesetzt werden, um die Studierendenarmut wirksam zu bekämpfen?

Ich setze mich für eine bessere finanzielle Unterstützung von Studierenden ein – etwa durch höhere Studienbeihilfe, aber auch die extrem gestiegenen Mietpreise setzen Studierende finanziell unter Druck. Auch für diese Gruppe wäre eine Mietpreisbremse eine finanziell wichtige Entlastungsmaßnahme.